Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.05 Mark, vierteljährlich 3.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4000.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 7gespalt. 35 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell. Markt 24 und Große Ulrichstr. 32

Nr. 149. Halle, Sonnabend, den 29. März. 1919.

Eisenbahnerstreik in Wien.

Verhandlungen mit den Vertrauensmännern der Eisenbahner.

Wien, 28. März. Staatskanzler Dr. Renner, Staatssekretär für Heerwesen Deutsch und Abgeordneter Ponschik verhandelten gestern abend mit den Vertrauensmännern der ausständigen Eisenbahner, die einen achtgliedrigen Ausschuß wählen.

Nach einer Meldung aus Graz sind auch die Angestellten der Staatsbahnen ausständig. Die streikenden Südbahnangestellten, mit denen sich die Beamtenschaft solidarisch erklärte, setzten einen Eisenbahnerrat ein, der Dauer haben soll.

Wien, 28. März. Heute vormittag war auch das Personal der Nordbahn in den Ausstand getreten, so daß jetzt fast der ganze Fernverkehr von Wien ruht. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und allen Eisenbahnerverbänden sind fortgesetzt. Wenn die auf den Strecken liegenden Lebensmittelzüge morgen nicht wieder fahren, so wird in der nächsten Woche die Brotzuteilung allgemein auf die Hälfte herabgesetzt werden müssen.

Wien, 28. März. Der Streik der Eisenbahner hat sich auf die Franz-Josefbahn und die Westbahn ausgedehnt.

Streik in den Magdeburger Zeitungsbetrieben.

Magdeburg, 28. März. (Drahtnachricht.) Die Hilfsarbeiter der hiesigen Zeitungsdruckereien sind am Donnerstag infolge Lohnforderungen in den Streik getreten. Heute schlossen sich ihrem Vorgehen auch das übrige technische Personal an und legte ebenfalls die Arbeit nieder. Infolgedessen können sämtliche Magdeburger Zeitungen nicht erscheinen.

Streik im Ruhrrevier.

Die Forderungen der Arbeiter an die Regierung.

Essen, 28. März. (Drahtnachricht.) Die Ausstandsbewegung hat sich heute weiter ausgedehnt. Im Dortmunder Bezirk sind 11, im Wittener Bezirk 12 und im Bochumer Bezirk 7 Zechen beteiligt. Die Ausständigen zählen in der gestrigen Mittags- und Nachtschicht und in der heutigen Morgenschicht 31 600 gegen 23 200 von gestern. Der politische Hintergrund der Bewegung ergibt sich aus folgenden Forderungen an die Regierung, die gestern in einer Versammlung in Langendreer beschlossen wurden: 1. Anerkennung der A.- und S.-Räte; 2. sofortige Durchführung der Hamburger Punkte (Kommandogewalt betreffend); 3. Freilassung der politischen Gefangenen; 4. sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr; 5. sofortige Anknüpfung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetregierung Rußlands; 6. sofortige Einführung des Sechsstundentages; 7. Entwaffnung der Polizei im Ruhrgebiet und in ganz Deutschland.

Spartakushetze in Württemberg.

Entgegenkommen der Regierung gegenüber den Forderungen der Mehrheitssozialisten.

Stuttgart, 28 März. (Eigene Drahtnachricht.) Von den Spartakisten wurden in Stuttgart Flugblätter zur Verteilung gebracht, die zum Generalstreik auffordern, der für Württemberg allgemein werden müsse. Die württembergische Regierung hat sich zur Annahme der von den Betriebsvertrauensleuten der Mehrheitssozialdemokraten unterbreiteten Forderungen bereit erklärt. Diese verlangten u. a. gesetzliche Festsetzung der Betriebsräte, Wohnungsfürsorge, rücksichtsloses Vorgehen gegen Wucherer und Spekulanten, sofortige Durchführung der angekündigten Gerichtsverhandlungen gegen die Spartakusführer, energisches Vorwärtstreiben der Sozialisierung, Sicherung ausreichender Löhne und des Achtstundentages, sofortige Errichtung der Staatskontrolle über die Industrie zur Herstellung von Kleidern und Schuhwerk. Die Staatsregierung ließ durch ihren Präsidenten Blos erklären, daß die Durchführung eines Teiles der Forderungen von ihr bereits in Angriff genommen sei. Soweit das Reich zuständig sei, werde sich die württembergische Regierung bei den Reichsbehörden mit Nachdruck dafür einsetzen. Die Regierung erklärte sich ferner damit einverstanden, daß die Unterzeichner der Forderungen sich von deren raschen Durchführung überzeugen.

Die Schadenersatzverpflichtung Deutschlands.

Keine Erstattung der Kriegskosten.

Berlin, 28. März. (Eig. Drahtnachricht.) Wie von zuverlässiger Seite gemeldet wird, ist am Mittwoch in der Sitzung des Viermänner-Kollegiums eine endgültige Entscheidung über die finanziellen Fragen getroffen worden. In der Konferenz, an der allerdings Clemenceau wegen Unpäßlichkeit nicht teilnehmen konnte, hielt Präsident Wilson einen ausführlichen Vortrag über das auch in seinen 14 Punkten enthaltene Programm der Wiedergutmachung begangenen Unrechts und trat auf das Entschiedenste dafür ein, daß Deutschland nur zur Erstattung der tatsächlichen von ihm verursachten Schäden herangezogen werden dürfe. Der Präsident wies nach, daß die von verschiedenen maßgebenden Persönlichkeiten befürwortete Belastung Deutschlands mit einem wesentlichen Teile der Kriegskosten aller Alliierten dem Gedanken der Völkerversöhnung widerspreche, darüber hinaus aber auch aus rein wirtschaftlichen Gründen nicht durchführbar sei. Sowohl Clemenceau wie Orlando konnten sich den präzisierten Angaben Wilsons nicht verschließen und stimmten nach längerer Erörterung aller in Betracht kommenden Erwägungen den von Wilson aufgestellten Grundsätzen zu. Dabei wurde beschlossen, daß Deutschland keine Kriegsentschädigung zu zahlen haben soll und nur für die angerichteten Schäden im besetzten Gebiet haftbar gemacht wird.

Clemenceau besteht auf seinem Willen.

Basel, 28. März. (Eig. Drahtnachricht.) Aus zuverlässiger Pariser Quelle verlautet, daß die Beratungen über die Polenfrage ununterbrochen fortdauern und daß es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau kam. Orlando war nicht zu den Besprechungen erschienen, obgleich er besonders dringend eingeladen war. Clemenceau forderte die sofortige Ergreifung von Maßnahmen in Polen und die Entsendung von Truppen über Danzig, ohne Rücksicht auf den Widerspruch und eventuellen Widerstand der Deutschen.

Unsere Kriegsgefangenen in Frankreich.

Amsterdam, 28. März. (Eig. Drahtnachricht.) Pariser Meldungen der „Morning Post" zufolge ist der Transport von deutschen Kriegsgefangenen nach Nordfrankreich seit ungefähr einer Woche vollkommen eingestellt worden. Augenblicklich sind 320 000 Deutsche beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete tätig. Die endgültige Regelung der Frage der deutschen Kriegsgefangenen wird in der ersten Woche des April in direkten Besprechungen mit den deutschen Friedensunterhändlern geschehen.

Haag, 28. März. Gestern durch Rotterdam aus England gekommene schwerverwundete deutsche Offiziere sagten aus: Es kommen jetzt noch 60 000 deutsche Gefangene von England nach Frankreich zur Arbeit.

Bemühungen des Papstes um die Freilassung der deutschen Gefangenen.

Köln, 28. März. Nach der „Köln. Volkszeitung" hat der Papst auf das von Kardinal Hartmann am 8. Februar im Namen der Bischöfe der Fuldaer Bischofskonferenz an ihn gerichtete Bittgesuch, sich für die baldige Freilassung der deutschen Gefangenen zu verwenden, in einem eigenhändigen Schreiben unter anderm wie folgt geantwortet:

Im vergangenen Monat November, nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes, hatte der Kardinal-Staatssekretär bei einigen Staaten des Verbandes zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen Schritte getan, namentlich für die Kranken und Verwundeten, und in dem darauffolgenden Monat hat er, immer in unserem Namen, in der liebevollsten Weise seine Bemühungen wiederholt, um die Lage so vieler Unglücklicher zu verbessern.

Etwas später haben wir bei einer feierlichen Gelegenheit einer hohen Persönlichkeit unser lebhaftes Verlangen ausgedrückt, Hunderte und Tausende von deutschen Gefangenen, die seit so langer Zeit die Leiden der Gefangenschaft ertragen, zum heimatlichen Herde zurückgeführt zu sehen. Wir hatten die Genugtuung, zu erfahren, daß jene Persönlichkeit voll und ganz unsere liebevollen Wünsche teilte und geneigt war, sie zu unterstützen. Alsdann hat der Kardinal-Staatssekretär einen dringenden Appell an einen der alliierten Staaten gerichtet, um auch diesen Interesse für dieses überaus liebevolle und menschenfreundliche Werk zu gewinnen. Wir erwarten noch dessen Antwort."

Von der deutschen Handelsflotte.

Bremen, 28. März. (Eig. Drahtnachricht.) In Bremen ist nunmehr auch der Widerstand der Seeleute gegen die Ausfahrt der deutschen Handelsschiffe gebrochen. Nachdem bereits gestern vier große Lloyddampfer ausgelaufen sind, werden heute nachmittag weitere vier Handelsschiffe ausfahren. In den nächsten Tagen sollen dann fortschreitend aller verfügbarer Schiffsraum die Ausreise antreten.

Hamburg, 28. März. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern und heute wurde das Auslaufen der deutschen Handelsschiffe zum Zwecke der Lebensmittelversorgung Deutschlands fortgesetzt. Insgesamt werden binnen kurzem 120 große Schiffe aus Hamburg ausfahren. Wie englische Meldungen besagen, ist gestern der erste deutsche Postdampfer in Cherbourg eingetroffen. Er soll sofort in den Dienst der Heimbeförderung der französischen Kolonialtruppen gestellt werden.

300000 Tonnen Kartoffeln aus England

Amsterdam, 28. März. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Chronicle" erfährt, daß das englische Lebensmittelministerium beschlossen hat, außer den 100 000 Tonnen Kartoffeln, die bereits unterwegs sind, noch 200 000 Tonnen Kartoffeln nach Deutschland zu schicken. Die ausgelieferten deutschen Frachtdampfer werden zum Transport der Kartoffeln verwendet werden.

26000 Zentner Weizenmehl angekommen

Berlin, 28. März. Wie die Abendblätter melden, ist das zweite amerikanische Lebensmittelschiff „Lake Tulare" heute vormittag im Hafen vom Hamburg eingelaufen. Es hat unter anderm 26 000 Zentner Weizenmehl geladen.

Der Lebensmitteltransport ins Innere Deutschlands.

Hamburg, 28. März. (Privattelegramm.) Nach der Ankunft des amerikanischen Lebensmittelschiffes „West Carnifax" und in Erwartung weiterer Transporte fanden gestern nachmittag zwischen Kapitän Robinson, dem amerikanischen Hafenoffizier in Hamburg und einem Vertreter der Schiffahrtsabteilung beim Chef des Eisenbahnwesens Verhandlungen statt. Das grundsätzlich und praktisch bedeutungsvolle Ergebnis war die Vereinbarung, daß der Weitertransport der amerikanischen Lebensmittel auf Dampfern in das deutsche Inland dem Verein deutscher Spediteure und dem Verein der Hamburger Schiffsmakler übertragen werden soll also keiner Reichsbehörde.

Deutsche Nationalversammlung.

Gesetzesvorlage auf Schaffung einer vorläufigen Reichsmarine.

Reichswehrminister **Noske** bringt

das Gesetz auf Schaffung einer vorläufigen Reichsmarine

ein. Wir brauchen Schiffe zur Sicherung der Lebensmitteltransporte, zur Wegräumung von Minen und zum Schutze der Fischerei.

Abg. **Oberfohren** (Dn.): Die Vorlage, die wir begrüßen, beweist den Willen der Regierung, sich

ein gewisses Maß von Seegeltung

nicht nehmen zu lassen. Die Gegenwart für die Marine ist trübe, aber wir vertrauen trotz alledem auf die Zukunft.

Abg. Graf zu **Dohna** (D. Vpt.): Auch wir werden für das Gesetz stimmen, aber wir tun es mit einem Gefühl tiefer Beschämung. Man darf nicht der gesamten Marine die Schandtaten aufs Konto schreiben, die während und nach der Revolution von Marineleuten begangen wurden.

Abg. **Beuchel** (U. S.): Im Gegensatz zum Grafen Dohna sprechen wir den Marinern, die als Revolutionskämpfer zuerst aufgetreten sind, von dieser Stelle aus unsern heißen Dank aus. Wir lehnen die Vorlage ab.

Abg. **Giebel** (Soz.): Ich frage den Reichswehrminister ob er nicht beabsichtigt,

die großen Werften zu Produktionsstätten für den Friedensbedarf

umzuwandeln.

Reichswehrminister **Noske:** Soweit Arbeitsgelegenheit herangeschafft werden kann, werden wir damit auch die reichseigenen Betriebe versehen.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung im wesentlichen unverändert gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialisten angenommen.

Abg. **Schmidthals** (Dem.) erstattet hierauf den Bericht des Haushaltsausschusses über

die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung.

Der Ausschuß will das Aufsichtsrecht auch darauf erstrecken, mit welchen Früchten der Acker bestellt wird.

Abg. **Blum** (Ztr.): Die Verordnung ist angesichts unserer kritischen Ernährungslage von hoher Bedeutung.

Abg. **Feldmann** (Soz.): Die Verordnung ist notwendig, denn

jetzt muß jedes Fleckchen Erde der Ackerbaubestellung zugeführt werden.

Die Verordnung trifft nur die Großgrundbesitzer.

Abg. **Kraft** (Dn.): Wenn die Regierung etwas zur Förderung der Produktion tun will, so möge sie vor allem

den Arbeiter- und Soldatenräten auf die Finger klopfen.

Sie möge endlich dafür sorgen, daß die Verhetzung der Arbeiter aufhört, denen man immer erzählt, sie könnten auf dem Lande nichts verdienen.

Abg. **Duische** (D. Vpt.): Ich glaube, die Verordnung wird im großen und ganzen auf dem Papier stehen bleiben. Trotzdem sind wir mit ihr einverstanden.

Abg. **Wurm** (U. S.): Durch die Revolution ist allerdings die Lage der Landarbeiter verbessert worden, aber noch immer nicht genügend.

Der Ausschußantrag wird mit einer abschwächenden Aenderung mit 151 gegen 115 Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung **Sonnabend** 10 Uhr: Beamteninterpellationen, Notetat, Krankenkassenverordnung. Schluß 6½ Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190329017/fragment/page=0001

Die deutsche Note betr. Durchzug durch Danzig.

Berlin, 28. März. Das „Berl. Tageblatt" schreibt: **Die deutsche Antwort auf die Forderungen des Generals Rudani betreffend den Durchzug der Armee Haller durch Danzig ist von sämtlichen Parteien der Nationalversammlung einschließlich der Unabhängigen Sozialisten gebilligt worden.**

Die bolschewistische Gefahr in Polen.

Berlin, 28. März. (Eig. Drahtnachricht.) Nach hier eingetroffenen Informationen ist die bolschewistische Gefahr für Polen ständig im Wachsen. In Warschau befinden sich augenblicklich mehr als 70 000 Proletarier, die stark unter dem Einfluß der bolschewistischen Agitation stehen. Die polnischen Vertreter auf der Friedenskonferenz haben wiederholt darauf hingewiesen, daß zur Behebung der bolschewistischen Bedrohung schnell als möglich Maßnahmen militärischer Art getroffen werden müssen.

Einstellung des Religionsunterrichts in Budapest.

Budapest, 28. März. Ungarisches Korr.-Büro. Der hauptstädtische Kommissar für Unterrichtswesen ordnete an, daß in sämtlichen Schulen der Religionsunterricht sofort einzustellen und die freigewordenen Stunden teils zur Erörterung der heutigen sozialen Verhältnisse, teils zum Unterricht von in den Kreis des allgemeinen Wissens gehörenden Gegenständen zu verwenden sind.

Nach Lenins Weisungen.

WTB. **Budapest,** 28. März. Ungarisches Korr.-Büro. Die Gesamtkorporation der Vertrauensmänner der früheren kommunistischen Partei hielt gestern abend eine Konferenz ab. Der Volkskommissar des Aeußern, Bela Kun, legte dar, daß infolge der geänderten Lage auch die Mittel des Kampfes sich geändert hätten. Heute habe man keinen größeren Parteianhänger als ihn, der seinerzeit ein Störer der Ordnung war. Jetzt aber, sagte Kun, sind diejenigen, die uns Ordnungsstörer nannten, zu uns gekommen und haben unser Programm angenommen. Heute ist also ein einheitliches revolutionäres Handeln möglich und die Gelegenheit, die Partei zu liquidieren, gekommen. Gegenwärtig wird eine Sowjetverfassung ausgearbeitet, und zwar auf der **Grundlage der Weisungen Lenins.** Es ist nicht notwendig, daß man sich bis auf den Buchstaben genau an die russische Verfassung hält. Man muß aus den Irrtümern der russischen Revolution lernen. Voraussichtlich können in 14 Tagen die Sowjetwahlen ausgeschrieben werden. Diktatur bedeutet nicht in jedem Falle Terror, denn Terror sei nur eines der Mittel der Diktatur und komme nur dann in Frage, wenn man seiner bedürfe. Der Redner erklärte sodann, das Wichtigste sei jetzt die Durchführung der Sozialisierung in schnellstem Tempo, und dazu sei **die Parteieinheit** notwendig. Kun unterbreitete der Vertrauensmännerkorporation der aufgelösten ungarischen Kommunistenpartei eine Entschließung, in der erklärt wird: Jeder, der im Namen der Kommunistenpartei welches Unternehmen oder welche Haltung immer unternimmt, ist ein Betrüger und Feind der Interessen des Proletariats. Die Konferenz nahm diese Entschließung, wonach die kommunistische Partei endgiltig in der provisorisch als sozialistische Partei bezeichneten einheitlichen ungarischen Proletarierpartei aufgeht, einstimmig an.

Das Einkommen des Reichspräsidenten.

Weimar, 28. März. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hat heute den vierten Nachtrag zum Haushaltsplan beraten und für den Reichspräsidenten ein Jahresgehalt von 100 000 Mark, wie es bisher der Reichskanzler bezog, und für sachliche Ausgaben des Präsidenten vorläufig 500 000 Mark ausgeworfen.

Die Erinnerungen des Kronprinzen.

Kopenhagen, 28. März. (Eig. Drahtnachricht.) Der deutsche Kronprinz hat einem Berichterstatter der „Berlingske Tidende" in einer Unterredung mitgeteilt, daß er gegenwärtig an seinen Erinnerungen schreibe, die er später in einem starken Band veröffentlichen werde.

Preußische Landesversammlung.

13. Sitzung vom Freitag, den 28. März, 11 Uhr.

Die vom Geschäftsausschuß beantragten Vorschriften für die Wahlprüfungsverfahren werden angenommen. Der Entwurf zur Abänderung des Grundstücksumlegungsgesetzes für Köln wird in dritter Lesung angenommen.

Zur zweiten Beratung des Notetats beantragt Berichterstatter

Abg. Dr. Schmedding namens des Staatshaushaltsausschusses unveränderte Annahme. Die Geltung des vorjährigen Etats soll sich bis Ende Juni erstrecken.

Abg. Leitig (U. S.): Wir werden an der Verabschiedung des Etats nicht mitwirken.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. S.): **Die angebliche Sozialisierung, die einsetzen soll, hat mit Sozialismus nichts zu tun. Wir bekämpfen diese Regierung aufs rücksichtsloseste.** Den Etat lehnen wir ab.

Finanzminister Dr. **Südekum:** **Die Diktatur der Minderheit muß abgelehnt werden.** Preußen ist mit seinem freiesten Wahlrecht kein Klassenstaat.

Abg. Dr. **Rosenfeld:** Heben Sie den Belagerungszustand auf, damit wir die nötige Freiheit für die Agitation haben. Dann werden wir Ihnen beweisen, daß wir die Mehrheit haben. Sie halten es ja nicht einmal für nötig, die Familiengüter der Hohenzollern einzuziehen.

Finanzminister Dr. Südekum: Die Auswirkungen Ihrer Demagogie machen zurzeit die Aufhebung des Belagerungszustandes unmöglich. Die

Abtrennung des Privatvermögens der Familie Hohenzollern

von denjenigen Gütern, die der Staat in Anspruch nehmen kann, **wird mit Ernst betrieben.**

Der Notetat wird in zweiter und dritter Lesung angenommen und in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Hierauf wird die Besprechung der vom Ministerium am 25. März abgegebenen Erklärungen fortgesetzt.

Abg. **Kleinspehn** (U. S.): Die Sozialisierungspolitik der Regierung ist weiter nichts als eine fade, verbrämte bürgerliche Politik. (Lachen bei den Mehrheitssozialisten.)

Minister des Innern **Heine:** Diejenigen, die immer sagen: wir haben uns noch lange nicht schuldig genug bekannt, also fordert noch viel mehr, die sind Verräter am deutschen Volke. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. **Moldenhauer** (D. Vpt.): Den Minister bitte ich um eine Aufklärung, daß die Regierung ebenso, wie die feindlichen Absichten auf das Rheinland und Oberschlesien, so auch die Raubgelüste auf das Saargebiet mit allen Mitteln zurückweisen wird.

Ministerpräsident **Hirsch:** **Ich wiederhole nochmal, daß wir mit aller Tatkraft**

an dem Verbleiben der besetzten Gebiete bei unserem Staate festhalten werden.

Ich freue mich, daß die Saar-Bevölkerung mit starkem Nationalgefühl allen Annexionsgelüsten entgegentritt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Bieser** (Wes.): **Wir fordern**

die Wiederherstellung eines eigenen hannoverschen Staates

innerhalb des Reiches.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Adolf **Hoffmann** (U. S.) persönlich: Der Minister Heine ist noch

derselbe schnoddrige Antisemit, wie früher.

Der Abg. Hoffmann wird zur Ordnung gerufen.

Es folgt die Besprechung von verschiedenen Anträgen auf Hebung der Landwirtschaft.

Abg. Dr. **Abderhalden** (Dem.): Die Maßnahmen, die unser Antrag von der Regierung verlangt, sind zunächst die vermehrte Erzeugung. Wenn die Leute nicht mehr gezwungen sein werden, sich Nahrungsmittel hintenherum zu beschaffen, dann wird auch allgemein wieder

die Achtung vor dem Gesetz steigen.

Abg. von Kessel (Dn.): Unser Antrag fordert den möglichst schleunigen Abbau der Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse, ferner die billige Hergabe verwendungsfähigen freigewordenen Heeresgutes an die Landwirtschaft und die Bewilligung der Schwerstarbeiterrationen, sowie ausreichende Kleider und Schuhe für Landarbeiter.

Die Landwirtschaft wird vielleicht der einzige Schutz sein, der uns vor dem Bolschewismus rettet.

Abg. **Busch** (Ztr.): Wir freuen uns, daß in der Industrie mehr und mehr

das Verständnis für die Eigenart der Landwirtschaft

gewonnen hat. Wir müssen den Landwirten durch die Tat zu helfen suchen, und dazu gehört neben der Düngemittelbeschaffung auch die Lösung der Arbeiterfrage. Auch wir begrüßen die Beschränkung der Zwangswirtschaft auf die notwendigen Gegenstände. Hoffentlich gelingt es der Regierung, uns eine produktionsfreudige Landwirtschaft zu erhalten.

Abg. **Held** (D. Vpt.): Zur Besserung der Arbeiterverhältnisse kann auch

die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise

erheblich beitragen. Solange die Zwangswirtschaft fortdauert, müssen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in das richtige Verhältnis zu den Produktionskosten gebracht werden.

Abg. **Schmidt-Köpenick** (Soz.): Wir fordern für die Landarbeiter eine angemessene Erhöhung der Löhne, die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse und die Durchführung der vorläufigen Landarbeiterordnung vom 14. Januar 1919. Zur Durchführung dieser Aufgabe wird es nötig werden, daß auch einmal in die Landratsstuben frische Luft hineinweht.

Abg. Graf von **Kanitz** (Dn.): Wir fordern in unserm Antrag, daß

eine großzügige Besiedelung

alsbald in Angriff genommen wird. Von der Sozialisierung der Landwirtschaft versprechen wir uns nichts. Um den Arbeiter bodenständig zu machen, wäre es aber gut, ihn möglichst weitgehend an dem ländlichen Ertrag zu beteiligen.

Wir sind gewissermaßen eine Versammlung von Bankrotteuren.

Wir müssen uns alle die Hand reichen, damit wir aus der Masse möglichst viel für das Ganze retten.

Nächste Sitzung Sonnabend, 11 Uhr: Fortsetzung, andere Anträge und formelle Anfragen. Schluß 7½ Uhr.

Halle und Umgegend.

Halle, den 29. März 1919.

Allgemeiner Bürgerverein für städtische Interessen.

Was lehrt die letzte Stadtverordnetenwahl? Verlangen auf Revision der deutschen demokratischen Liste.

Der Ausschuß des Allgemeinen Bürgervereins für städtische Interessen, dem sämtliche kommunale Vereine angeschlossen sind, beschäftigte sich gestern mit der Frage: Was lehrt die letzte Stadtverordnetenwahl? Der Vorsitzende, Herr Oberingenieur Minner, teilt mit, daß 16 Proteste eingelaufen seien. Durch die Unruhen und Uebergriffe der Streikleitung war die Presse lahmgelegt und damit die Agitation. Man lernte in diesen Tagen, wo die Zeitungen ausblieben, erst so recht erkennen und wiederholen, daß die Presse wirklich der Lebensnerv aller öffentlichen Dinge ist. Die Unabhängigen haben noch an den letzten Tagen durch ein Werbeplakat Propaganda gemacht, worin sie den Herrn Oberbürgermeister Rive als Befürworter einer sozialdemokratischen Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium hinstellten. Herr Dr. Rive wird darüber interpelliert werden, wie er sich zu jener ihm in den Mund gelegten Aeußerung stellt. Herr Dr. Rive habe schon einmal eine Aeußerung getan, die böses Blut in der Bürgerschaft machte, damals als er den Bürgerausschuß als eine Gefahr für das Bürgertum erklärte. Herr Dr. Rive habe sich zwar nachher herausgewunden, aber der Eindruck sei geblieben, daß er eine Aeußerung getan habe, die den Bürgerausschuß in seiner Bedeutung und in seinem Wert vollkommen verkennt. Die Stadtverordnetenwahlen seien in Anbetracht der Verhältnisse immerhin noch zu einem Erfolge für das Bürgertum geworden. Gegenüber der Preußenwahl haben die Unabhängigen 4 Prozent, die Mehrheitssozialisten 16, die Deutschdemokraten 17,6, die Deutschnationalen 17,4 Prozent eingebüßt. Die Politisierung der Wahl habe sich bewährt. Das zeige der Reinfall der parteilosen Liste. Die Wähler hätten gezeigt, daß sie der Partei zu folgen gewillt sind, die ihre Weltanschauung vertritt.

Herr Korbmachermeister Schmidt hat an diesen Ausführungen mancherlei auszusetzen. Die Liste der demokratischen Partei habe nicht befriedigt. Es fehlten eine Anzahl Leute, die sich in langjähriger Tätigkeit bewährt haben. Wir wollen

Das Rosenhaus.

Roman von **Fritz Gantzer.**

24. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Amtsgerichtsrat rügte den Einwurf durch einen **strafenden Blick und wiederholte mit scharfer Betonung:**

„in Höhe von 350 000 Mark in Betracht. Meiner langjährigen Haushälterin Emilie Kriebel setze ich ein Legat von 6000 Mark aus. Es ist ihr sofort auszuzahlen. Verpflichtet sie sich, bis zur möglichen Rückkehr meines Sohnes in meinem Hause zu bleiben, so erhält sie das Doppelte der vorgenannten Summe."

„So 'ne Kanaille", dachte Ehrenfried und warf der fürstlich Bedachten und vor Fassungslosigkeit und Wehmut leise Weinenden einen bitterbösen Blick zu. „Det olle Zehäuse macht bei den janzen Schwindel det beste Jeschäft . . . Denn et is 'n Schwindel sonderjleichen. Und der blödsinnige Matthias muß verrückt jewesen sind, als er det Wurm von Testament in die Welt jesetzt hat."

In seine Gedanken hinein klangen die letzten Worte aus Matthias Bruckmüllers Testament. Der Amtsgerichtsrat las sie mit besonderem Nachdruck vor:

„Ich weiß nicht, was meinem Besitztum an Schicksalen bevorstehen mag, wenn ich aus der Welt gegangen sein werde. Aber ich hoffe, daß es einmal in die Hände dessen kommt, dem es gehört, in die Hände meines Sohnes Matthias. Und wenn es nicht so sein sollte, wünsche ich allen denen, die unter dem Dache des Rosenhauses wohnen werden, daß es ihnen mehr Dornen als Rosen schenken möchte . . . Denn Ihr alle, die Ihr jetzt der Verkündigung meines letzten Willens zuhört, ich sage es Euch in ungeschminkter Wahrheit ins Gesicht: Ihr seid der Rosen nicht wert."

Und mit dieser niederträchtigen Schlußbemerkung empfahl sich Matthias Bruckmüller seinem Auditorium und ließ es mit einer Unsumme der verschiedensten Gefühle allein.

Sie waren, soweit sie den Testator angingen, nicht sonderlich rosiger Art. Selbst Frau Rosalie verdachte es ihrem Bruder, daß er als letztes Wort eine Gehässigkeit an seine Verwandten gerichtet hatte. Es tat ihr bitter weh, daß er keinen besseren Ausklang gefunden hatte.

„Na, siehste, Rosalie", sagte Ehrenfried, „da hast de dir nu vorhin uffjeregt, als ick sagte, det man keene Worte hätte vor so wat. Hast 'n nu Worte vor so 'ne Jemeinheit? Na, ick nich. Un wenn ick et nich um die plundrigen paar Zinsen dun würde, ick würde uff den janzen Schwindel 'ne Arie pfeifen. Det sage ick dir, Rosalie."

Die Frau Doktor hatte nur halb hingehört. Sie nickte abwesend und sah durch das Fenster suchend in die Weite.

Abel Bruckmüller hatte die Zinsenanteile schon berechnet. Es war so sehr „plundrig" gerade nicht. Im schlechtesten Falle kamen so etwa 2000 Mark für jeden heraus . . . Wenn Matthias Bruckmüller jun. verschollen blieb. Und wenn man in jedem Jahre seine drei Monate im Rosenhause absaß. Eine verrückte Geschichte war die ganze Sache. Und wenn der Universalerbe sich nun schleunigst einstellte, woran nicht zu zweifeln war, wenn er noch lebte und ihn der Aufruf erreichte, so war die Geschichte erst recht verrückt.

Justus Schellenberg sprach leise mit Traute Wesselfink. Sie hatte die Sachlage noch nicht zur Genüge erfaßt und ließ sich aufklären. Allmählich verstand sie . . . O, das war ja wunderbar! Da brauchte sie nicht nach dem teuren Ahlbeck zu gehen, sondern konnte das Rosenhaus als Aufenthaltsort für ihre Sommerfrische benutzen. Und bekam noch Geld zu . . . „Wieviel Herr Notar? . . . Wie sagen Sie . . . um Gott, beinahe 2000 Mark? Nein, aber!" Sie preßte die Hände ineinander und dachte an ihr süßes Friedchen . . . Und an Frau Rechnungsrat Bulcke . . . Die würde ja . . . Ach du meine Güte . . . was würde die denn nicht vor Neid tun! Platzen! Mindestens platzen! . . . Das heißt: wenn der Sohn verschollen blieb. Na, und ob der verschollen blieb? . . . Er würde doch! Und Tante Wesselfink wußte ein Stoßgebet für die Erfüllung dieser Hoffnung.

Ida Bruckmüller packte schon in Gedanken. Sie nahm sich vor, möglichst sofort ihren Einzug zu halten, um die besten Zimmer für sich auszusuchen. Die anderen mochten dann, wenn sie keinen Platz mehr finden sollten, auf dem Boden kampieren. Denn der Verschollene kam natürlich nicht wieder.

Ehrenfried Bruckmüller teilte ihren glücklichen Optimismus nicht. Als August Apponius seine Schlußprise genommen und zur Einsichtnahme des Testaments aufgefordert hatte, sagte der Blankenfelder: „Ick verzichte. Herr Amtsgerichtsrat. Ick habe mir die Sache eben so stille vor mir überlegt un denke mir't so: Wir sin jesoppt. Der Sohn kommt schon. Un wenn wir mit Sack und Pack ran sind, denn sitzt der Erbe schon drin ins Haus un steckt uns die Zunge ellenlang raus. Nee, ick danke, so lasse ick mir nich uffziehn. Womit ick mir empfehle."

Traute Wesselfink sah ihm erleichtert nach: „Gott sei Dank, daß der Bauer fort ist. Nun sind wir unter uns Gebildeten und können uns in Anstand und Ruhe einigen . . . O Röschen, der gute Matthias! Ich segne ihm für seine Güte. Er war immer ein Prachtmensch . . . Glaubst du, daß sein Sohn noch lebt? . . . Meißt du, Röschen, er hat uns damit nur einen kleinen Schreck einjagen wollen. Er war immer so originell. Ich kenne ihn ja am besten. Nein, nein, glaub's nur nicht! Er hat überhaupt keinen Sohn. Das traue ich ihm nie und nimmer zu. . . . Nicht wahr, liebe Emilie, es ist ein kleiner Scherz?"

Emilie Kriebel sagte, sie wisse absolut nichts. Es könnte ja sein. Aber sie wisse nichts. Man müsse den Herrn Notarius noch mal genau fragen.

Der erledigte mit Apponius eben einige Formalitäten. Nachher trat Frau Rosalie zu ihm und bat ihn beiseite. Ob es möglich sei, das Rosenhaus sofort zu benutzen. Ihr Mann bedürfe dringend einer Luftveränderung. Schellenberg erklärte, daß ihrer Absicht nichts im Wege stände. Allerdings müsse man damit rechnen, daß der Sohn des Verstorbenen jeden Tag kommen könne, um von seinem Erbe Besitz zu nehmen.

Die Frau Doktor nickte trübselig. Nun lag das Leben erst recht verworren vor ihr. Es hatte ein verzwicktes Lächeln in seinen Augen, von denen das eine in Tränen schwamm und das andere mit schalkhafter Lust in die Welt sah. Welches von beiden würde dem anderen am Ende nachgeben müssen?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190329017/fragment/page=0002

keine Sonderliste aufstellen, aber wir wollen für die Neuwahl die Liste revidieren, damit nicht wieder Wahlmüdigkeit und Wahlverdrossenheit sich zeigt. Von Herrn Professor Deutschbein, der nach einem halben Jahr schon Halle verläßt, erwarten wir, daß er auf sein Mandat verzichtet. Wir müssen noch eine Anzahl tüchtige Bausachverständige, einen Arzt und einen Versicherungsfachmann (für Plünderungsschäden und ähnliche Sachen) auf die Liste setzen. Unsere Gegner bringen auch Leute, die etwas leisten können. Es scheint aber und es liegen Beweise dafür vor, daß bei der Aufstellung der Liste auch unsachliche Rücksichten mitgewirkt haben, so eine gewisse Gefälligkeit gegen ein hiesiges Gewerk.

Herr Stv. Minner erklärt, daß er alles getan habe, um mehr Kandidaten aus den Bezirksvereinen auf die Liste zu bringen. Wenn gesagt werde, daß die Liste Namen von Männern enthalte, die der nationalliberalen Partei angehören, so wird dabei vergessen, daß die Nationalliberalen in die deutschdemokratische Partei aufgegangen sind. Die Deutschdemokraten haben zwei Bausachverständige gewählt, Baumeister Lehmann und mich selbst. Ich bin Bauingenieur. Einen Arzt brachten schon die Deutschnationalen. Auch eine neue Liste wird Unzufriedenheit schaffen. Und wenn der Hausbesitzerverein dazu kommen sollte, eine eigene Liste aufzustellen, so werden auch dort sogleich die Katzbalgereien um die aussichtsreichen Plätze einsetzen. Man muß sich doch in den Geist der neuen Zeit hineindenken. Man muß sich klar machen, daß nicht mehr wirtschaftliche Gesichtspunkte, sondern die Politik das Entscheidende sind. Was würden uns Demokraten zehn Bausachverständige helfen, wenn bei der Besetzung des Bauausschusses nur ein, höchstens zwei Mandate für unsere Partei herauszuholen sind? (Zuruf: Wahlausschuß!) Für den Wahlausschuß erhalten die Sozialdemokraten 5 Plätze und die Bürgerlichen 4. Gegen diese politischen Machtverhältnisse, die bei der Besetzung der Ausschüsse ebenfalls ausschlaggebend sind, hilft auch keine Liste der Hausbesitzer. Die Sozialdemokraten haben vier Bausachverständige gebracht, darunter einen Maurerpolier, einen Zimmerpolier neben einen Architekten. Ueber diese Leute soll man nicht von vornherein gering denken. Die Zeit der Prachtbauten ist für Halle vorbei, dazu haben wir kein Geld mehr. Wir müssen mit billigen Mitteln etwas Praktisches schaffen.

Herr Mittelschullehrer Bogen (3. kommunaler Verein) bedauert es, daß die kommunalen Vereine, als sie sich der deutschdemokratischen Partei anschlossen, nicht bei den Pflichten auch gleich die Rechte, d. h. die Ansprüche bei der Aufstellung der Stadtverordnetenkandidaten festgelegt hätten. Durch diese Unterlassung seien sie reingefallen.

Herr Minner erwidert, daß doch fünf Mitglieder der kommunalen Vereine gewählt seien. Was die Anspielung des Herrn Schmidt anlange, so habe Herr Schmidt mit seinen Worten über „andere Rücksichten“ sagen wollen, es seien Gelder an die Parteikassen gegeben worden, um für ein hiesiges Handwerk ein Mandat zu bekommen. Herr Schmidt, den er in einer anderen Versammlung mit diesem Anwurf auf das Schärfste zurückgewiesen habe, habe ihn beim Schiedsmann verklagt und nunmehr werde gerichtliche Aufklärung über das angebliche Bestechungsverfahren erfolgen.

Herr Schmidt erklärt, er halte seinen Vorwurf voll aufrecht. Es handle sich um das Mangoldsche Mandat. Der Innungsausschuß habe andere Meister, u. a. den Herrn Daniel, als Kandidaten vorgeschlagen. Eine Kommission, der ich selbst angehört habe, hat die Vorschläge gemacht und wir mußten annehmen, daß damit die Sache erledigt war. Plötzlich tauchte die Kandidatur des Herrn Fleischermeisters Mangold auf, den ich durchaus schätze, aber ich sehe keinen Grund ein, warum Herr Fleischermeister Daniel, der schon so lange in der städtischen Verwaltung arbeitet, beiseite geschoben werden mußte. Auf unsere Frage, woher plötzlich die Kandidatur Mangold komme, wurde mir der Bescheid, die Handwerkskammer hat es gemacht. Die Handwerkskammer hatte dazu aber kein Recht. Ebenso könnte dann die Handelskammer und die Landwirtschaftskammer Ansprüche erheben. Herr Dr. Schreiber, der Vorsitzende der deutsch-demokratischen Partei, hat über die kommunalen Vereine eine sehr ungünstige Meinung; er hat von veralteter Kanaldeckelpolitik gesprochen. Wir sind aber nicht veraltet, wir haben stets das Interesse der Stadt gefördert. Auf meine Anfrage beim Fleischerobermstr. Schliack wegen der Kandidatur Mangold sagte mir Herr Schliack: „Na, die Sache hat uns eine Packe gekostet.“ Darunter verstehe ich, daß das Mandat erkauft ist. Für die Richtigkeit meiner Darstellung stehe ich mit dem Eid ein.

Herr Stv. Minner betont nochmals, daß von einem Erkaufen eines Mandates absolut keine Rede sein könne. Die beiden Schatzmeister Georg und Schwarz können beeidigen, daß niemals in dieser Weise unfair gehandelt ist. Herr Schmidt hat eine ganz falsche Auffassung.

Herr Erstmann meint, die parteilose Liste würde bessere Erfolge erzielt haben, wenn man Zettelverteiler gehabt hätte.

Herr Minner entgegnet, das Gros der hallischen Bürgerschaft ist politisch viel zu gut diszipliniert, um nicht ihre Parteiliste zu wählen.

Herr Möbelfabrikant Andag vertritt gleichfalls die Auffassung, daß Herr Dr. Schreiber die kommunalen Bezirksvereine habe an die Wand drücken wollen. Dagegen müsse man sich wehren, eventuell mit einer eigenen Liste im Bunde mit dem Hausbesitzerverein.

Herr Minner führt aus, daß die Wahl dem Organisationsaufbau der kommunalen Vereine, nachdem sie sich der demokratischen Partei angeschlossen haben, vorausgeeilt sei. Das werde im Laufe der nächsten Zeit geändert werden. Nur im Anschluß an eine große Korporation wie sie die deutsche demokratische Partei darstelle, können die Bezirksvereine ihre Bedeutung und ihren Einfluß erhalten und stärken. Die Herren, die jetzt Ausstellungen machen und mit neuen Listen drohen, verkennen immer und immer wieder, daß die Zeit des Individualismus dahin ist, daß wir in der Zeit der Massen leben. Mit dieser Tatsache muß man sich abfinden, dann wird Eigenbrödelei unterbleiben. Die neue Zeit darf das Bürgertum nicht gespalten finden, kleinliche Rücksichten dürfen keinen Zwiespalt schaffen. Auf das große Ganze ist der Blick zu richten.

Herr Rentier Günter mahnt gleichfalls, nicht durch neue Listen das Interesse der Gesamtbürgerschaft zu zersplittern. Man würde lediglich neue Kreise verärgern und zum Totengräber des bürgerlichen Einflusses im Stadtparlament werden.

Schließlich wird ein Antrag des Herrn Schmidt angenommen, den deutsch-demokratischen Verein um eine Revision seiner Liste zu ersuchen.

Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, Kreisverein Halle

hielt am 27. März im Vereinshause „Mars-la-tour“ seine gutbesuchte Märzversammlung unter dem Vorsitz des Herrn Bennemann ab, der mitteilte, daß Herr Kamphoven vom Gau und ein Verbandsmitglied in der nächsten Monatsversammlung sprechen wollen. Unter den Eingängen befand sich eine Anfrage des Magistrats, ob der Kreisverein für den Fachausschuß der Stellenvermittelung einen Vertreter stellen wollte. Da indes der Verband einen vorzüglichen Stellennachweis hat, so ist von der Wahl eines Vertreters Abstand genommen worden. Der Vorsitzende berichtete hierauf über die vom 11. bis 13. März stattgehabten Betriebsräteverhandlungen in Weimar. Zunächst besprach er den Generalstreik in Halle, der durch den Gegenstreik des Bürgertums, wie bekannt, sich zu einer Niederlage der Unabhängigen gestaltete. Was durch den Generalstreik bezweckt wurde, der Sturz der Regierung, die Beseitigung der Nationalversammlung und die politische Herrschaft der Räte, das ist nicht erreicht worden, sondern allenfalls eine beschleunigtere Einführung der von der Regierung anerkannten Betriebsräte. An den ziemlich plötzlich angesetzten Verhandlungen in Weimar nahmen teil vom V. D. H., Kreisverein Halle, Herr Bennemann, vom D. H. V. Herr Zimmermann Halle, ferner Vertreter der neugegründeten Vereinigung der Angestellten des mitteldeutschen Bergbaues, Vertreter der Arbeitgeber, sowie die Abgg. Delius-Halle und Schneider-Leipzig. Von den Unabhängigen waren zugegen die Abgg. Koenen, dessen Bruder, Böttger, Rauich und Peters, sowie Mitglieder des Verbandes der technisch-industriellen Beamten. Die Regierung vertraten der Arbeitsminister Bauer, Handelsminister Fischbeck. Auch der Bergarbeiterführer Abg. Hue war zugegen. In den Vorbesprechungen wurden den Arbeitern drei Betriebsräte zugestanden, den Angestellten nur zwei. Die Angestellten bestanden auf Gleichberechtigung, indem sie ebenfalls für sich drei Angestellte als Betriebsräte beanspruchten. Hier aber erwies sich die Regierung als unnachgibig: die Gleichstellung in der Zahl konnte nicht erreicht werden. Entweder Annahme oder Ablehnung, hieß es. Indes wählen Arbeiter und Angestellte ihre Betriebsräte gesondert. Für die Wahlen und Aufgaben der Betriebsräte und Angestelltenausschüsse sind Richtlinien herausgegeben worden.

Die Versammlung nahm Stellung gegen die Ausschaltung des Kleinhandels bei der Verteilung der aus dem Auslande eingeführten Lebensmittel und ebenfalls wurde die Streichung des § 518 der Reichsversicherungsordnung beklagt. Herr Pegenau teilte mit, daß der Gewerkschaftsbund eine Entschließung gegen die Streichung dieses Paragraphen an die Reichsregierung gesandt habe. Zu befürchten sei, daß man mit den Ersatzkassen die ganze Angestelltenversicherung los werde. Die Ersatzkassen haben sich ausgezeichnet bewährt. (Anmerkung der Schriftleitung: Wie wir aus Weimar berichteten, hat der soziale Ausschuß mit 15 gegen 13 Stimmen die Ueberführung der Ersatzkassen in die notleidenden Ortskrankenkassen abgelehnt. Es ist wohl anzunehmen, daß auch die Nationalversammlung sich auf diesen ablehnenden Standpunkt stellen wird.)

Eine eingehende Besprechung erfuhr die neuerliche Bestimmung über die Sonntagsruhe und die Ladenschlußzeit. In einigen Tagen wird in einer Zusammenkunft über einen einheitlichen Ladenschluß verhandelt werden. Die Versammlung hielt es für wünschenswert, daß der Beginn auf 8 Uhr morgens, der Schluß auf 6 Uhr abends festgesetzt wird, bei möglichst zweistündiger Mittagspause, dann unter Fortfall der Frühstücks- und Vesperpause. Die Zigarrenhändler wollten möglichst lange offen halten, obgleich gerade in diesem Geschäftszweige nicht zeitgemäße Gehälter bezahlt würden. Die Sonntagsruhe sei noch nicht geregelt. Es wäre besser, wenn an den früheren 6 Sonntagen festgehalten würde, an denen die Angestellten beschäftigt werden dürfen.

Die Tarifverhandlungen des Gewerkschaftsbundes haben einen günstigen Verlauf genommen. Die Forderungen der Angestellten sind einstimmig angenommen worden. Die Tarifverträge im Textilgewerbe sind geregelt, die in der Metallindustrie und der Eisenwarenbranche werden nachfolgen und auch für die Kolonialwarengeschäfte wird wohl eine Einigung zustande kommen. Gegenüber Angriffen, die das hiesige unabhängige Schandmacherblatt „Volksblatt“ gegen den Kaufmann Herrn Alex Michel richtet, weil dieser nach den Plünderungen Angestellte entlassen hatte, da ihm keine Waren mehr von den Räubern gelassen worden waren, teilte der Vorsitzende mit, daß Herr Michel nach einer Uebereinkunft mit dem Schlichtungsausschuß den Entlassenen das Gehalt bis Ende Juni ausgezahlt hat.

Um die Stellungslosen und Kriegsbeschädigten unterzubringen, wurde empfohlen, darauf zu dringen, daß die weiblichen Angestellten ebenso wie die männlichen bezahlt werden sollten; dann würden viele die Anstellung männlicher Gehilfen vorziehen.

Vielleicht in der nächsten Sitzung wird Abg. Schneider-Leipzig einen Vortrag über die Nationalversammlung halten.

Der Belagerungszustand

wird vom Sonntag, den 30. März, vormittags 7 Uhr ab aufgehoben.

Weitere Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung.

Vom Arbeiterrat wird uns hierzu noch geschrieben, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, eine Abschrift der auf die Regelung der Arbeitszeit und der Ueberstunden bezüglichen Bestimmungen des Tarifvertrages den zuständigen Aufsichtsbeamten einzureichen.

Von sieben Uhr abends bis sieben Uhr morgens müssen offene Verkaufsstellen mit Ausnahme der Apotheken für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Die beim Ladenschlusse schon anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden. Nach sieben Uhr abends, jedoch bis spätestens neun Uhr, dürfen Verkaufsstellen an jährlich höchstens zwanzig von der Ortspolizei zu bestimmenden Tagen für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein. Vor sieben Uhr, jedoch nicht vor fünf Uhr morgens, dürfen Lebensmittelgeschäfte nach näherer Bestimmung der Ortspolizei geöffnet sein.

Die Ortspolizeibehörden haben vor der Genehmigung der Ausnahmen die Aeußerung des zuständigen Aufsichtsbeamten einzuholen und diesem die erteilte Ausnahmegenehmigung in Abschrift mitzuteilen. Glaubt der Aufsichtsbeamte, daß die Ausnahmegenehmigung mit dem Schutze der Angestellten nicht zu vereinbaren ist, so hat er unverzüglich die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde herbeizuführen.

Die vorstehende Regelung umfaßt diejenigen Angestellten, die 1. mit kaufmännischen Diensten beschäftigt werden, insbesondere Handlungsgehilfen; 2. mit technischen Diensten beschäftigt werden, mit Ausnahme derjenigen technischen Angestellten (Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker) die hinsichtlich der Regelung ihrer Arbeitszeit der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 unterliegen; 3. mit Schreib-, Rechen- oder ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden (Bureauangestellte) einschließlich derjenigen, die für Bureaus niedere oder lediglich mechanische Dienste leisten; 4. sich als Lehrlinge in einer geregelten Ausbildung zu einer der vorgenannten Beschäftigungen befinden. Die Regelung gilt für alle Arbeitgeber einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechtes.

Soweit von Körperschaften des öffentlichen Rechtes Angestellte gemeinsam mit Beamten beschäftigt werden, sind für die Regelung der Beschäftigung dieser Angestellten mangels abweichender Vereinbarungen die für die Beamten gültigen Dienstvorschriften maßgebend.

Für die in Verkehrsgewerben erforderlichen allgemeinen Ausnahmen von vorstehenden Vorschriften sind alsbald Vereinbarungen zwischen Betriebsleitungen und den Arbeitnehmerverbänden zu treffen. Solange derartige Vereinbarungen nicht zustandegekommen sind, bleiben weitere Anordnungen den zuständigen Demobilmachungskommissaren vorbehalten.

Die Aufsicht über die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen ist von den Landeszentralbehörden ausschließlich oder neben den ordentlichen Polizeibehörden, den Gewerbeaufsichtsbeamten oder besonderen Beamten zu übertragen. An die Stelle der Gewerbeaufsichtsbeamten treten bei bergbaulichen Betrieben die Bergrevierbeamten. Die Aufsichtsbeamten sind befugt, mit den Angestelltenausschüssen im Beisein des Arbeitgebers oder mit beiden Teilen allein zu verhandeln und zu diesem Zwecke die Angestelltenausschüsse einzuberufen. Die Aufsicht über Betriebe und Bureaus der Körperschaften des öffentlichen Rechtes fällt den die allgemeine Dienstaufsicht ausübenden Behörden zu.

Die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen auszuführenden amtlichen Besichtigungen müssen die Arbeitgeber zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während des Betriebes gestatten.

Das Garnisonkommando einschließlich der Werbestelle des hiesigen Wehrregiments hat am 27. März d. J. seine Geschäftszimmerräume vom „Wettiner Hof“ nach Kaserne II (Roßplatz) Zimmer 35, 38 verlegt. Das Garnisonkommando ist an das hiesige Fernsprechnetz nach wie vor unter Nr. 6897 angeschlossen.

Bauverein für Kleinwohnungen E. G. m. b. H. Sonnabend, den 29. März, 7½ Uhr abends, in der Aula des Reform-Realgymnasiums (Friesenstraße) Hauptversammlung.

Provinzial-Nachrichten.

δ **Zappendorf**, 27. März. (Durch die letzten Fröste) haben die schon sehr getriebenen Aprikosenbäume hier und in der Umgebung nicht unerheblich gelitten, so daß wir leider nur einen geringen Obstansatz zu erwarten haben.

Zörbig, 28. März. (In dem neuen Stadtparlament) haben 6 Sitze die Bürgerlichen, 6 Sitze die unabhängigen Sozialdemokraten inne. Da bei der dreimaligen Zettelwahl für den Posten des Stadtverordnetenvorstehers stets Stimmengleichheit herrschte, mußte das Los, welches der Bürgermeister zu ziehen bestimmt wurde, entscheiden. Das Los entschied für Buchführer Bernt, so daß ein Sozialdemokrat Vorsitzender wurde. Sofort nach der Konstituierung des Bureaus stellte Bürgermeister Weps die Vertrauensfrage und führte aus, daß er wissen müsse, ob sämtliche 12 neue Stadtverordnete — auch wenn er auf Lebenszeit gewählt sei, würde er jederzeit sein Amt zur Verfügung stellen — geschlossen hinter ihm ständen. Nach kurzer Aussprache drückten sämtliche 12 Stadtverordnete dem Bürgermeister Weps ihr Vertrauen aus. Die Wahl von 2 Magistratsmitgliedern wurde vertagt.

Dessau, 27. März. (Prinz Aribert von Anhalt) hat das in der Steinstraße gelegene Hotel „Zum schwarzen Adler“ mit herrlichem, nach der Mulde zu anschließendem Konzertgarten käuflich erworben, ebenso einige daneben liegende Privathäuser. Da ihm der „Goldene Hirsch“ bereits gehörte, so ist jetzt der ganze Gebäudekomplex vom Palais Prinz Aribert bis „Schwarzen Adler“ herzoglicher Besitz geworden. Wie verlautet, soll Prinz Aribert beabsichtigen, in den Gebäuden ein Heim für erwerbsunfähige Kriegsinvaliden einzurichten.

Dessau, 28. März. (Büchervermittlungsstelle.) Eine Neueinrichtung hat das hiesige Gymnasium getroffen. Die aus einer Klasse versetzten Schüler können ihre nicht mehr gebrauchten aber noch gebrauchsfähigen Schulbücher an die neu errichtete Büchervermittelungsstelle der Anstalt gegen Entgelt abgeben und die in eine Klasse versetzten Schüler aus dieser Stelle die Bücher kaufen. Die Vermittlung ist kostenfrei.

Halberstadt, 28. März. (Die Aufhebung der Vorschulen) ist nach sehr eingehender Beratung von der Schuldeputation beschlossen worden.

ꝑ **Wernigerode**, 28. März. (Ein größerer Urnenfriedhof) aus der Zeit von 1500 bis 1200 vor Christi ist in Mahndorf durch spielende Kinder aufgedeckt worden.

Blankenburg, 28. März. (Bei der Auktion im Marstall des Schlosses) wurden für die verschiedenen Wagen folgende Preise erzielt: Landauer 2200 und 5500 Mk., Kupee 3850 Mk., Kalesche 3900 Mk., Jagdwagen 2050 und 3550 Mk., Break 1200 Mk., Schlitten 480 und 190 Mk., Rollwagen 980 Mk.

Dürrenberg, 28. März. (Das Kurhaus,) sowie der Gasthof zum Gradierwerk wechseln am 1. April ihre Besitzer. Vorbereitungen für die Kur- und Badegäste sind bereits im Gange.

Kunst und Wissenschaft.

Franz Metzner †. Nach einer schweren Influenzaerkrankung starb in Berlin im Alter von 46 Jahren der Bildhauer Franz Metzner, der zu den hervorragendsten Erscheinungen der deutschen Plastiker in den letzten Jahrzehnten zählte. In seiner Jugend war er, wie die alten Meister, bei Handwerkern in die Schule gegangen und hatte als Steinmetz an verschiedenen Dombauhütten mitgearbeitet. Auch an der Königlichen Porzellanmanufaktur in Berlin hatte er mitgearbeitet und dort einige wenig bekannte figürliche Modelle ausgeführt. Später berief man ihn als Professor an die Wiener Kunstgewerbeschule. Später fanden auch seine Denkmäler Anerkennung. Er schuf das reizvolle Denkmal der Kaiserin Elisabeth für Salzburg, das Stelzhamer-Denkmal in Graz, den Nibelungenbrunnen vor der Prager Kunstgalerie und das Kaiser-Josef-Denkmal in Teplitz. Die gesamten plastischen Arbeiten an dem von Schmitz entworfenen Völkerschlacht-Denkmal in Leipzig stammen von Metzner. Seine letzte Arbeit war ein Hindenburg-Denkmal und ein Lessing-Denkmal für Wien. Sein Hindenburgkopf, der sich durch die monumentale Gestaltung des Porträts auszeichnet, ist schon für verschiedene Museen erworben worden.

Vermischtes.

Ein italienisches Luftschiff explodiert. Im Hangar bei Mailand ist das der Gesellschaft Leonardo da Vinci gehörige, vom Ingenieur Foklanini erbaute Luftschiff F 5 explodiert. Drei Soldaten verloren dabei ihr Leben. Der Schaden beträgt zwei Millionen Lire.

Ein Frauenmord, der allem Anschein nach schon vor 10 Tagen verübt worden ist, wurde Mittwoch vormittag in dem Hause Bülowstraße 33 in Berlin bei einer Durchsuchung nach Waffen entdeckt. Im dritten Stock des Vorderhauses bewohnte eine 30 Jahre alte Zigarettenhändlerin Paula Hulda Weis zwei Zimmer und Küche. Schon seit den letzten Tagen der vergangenen Woche sah man nichts mehr von der Wohnungsinhaberin. Man nahm das im Hause zwar wahr, es erregte aber weiter keinen Verdacht. Donnerstag vormittag wurde in dem Hause nach Waffen gesucht. Hierbei kam man auch an die Wohnung der Händlerin Weis. Man klopfte und klingelte, erhielt aber weder Einlaß noch Antwort. Jetzt ließ man öffnen und fand die Wohnungsinhaberin halb entkleidet mit einem Strick um den Hals erdrosselt und tot im Schlafzimmer liegen. Alle Behältnisse in der Wohnung waren mit ihren Schlüsseln geöffnet und durchsucht worden. Es fehlen zwei Handtaschen, darunter eine silberne. Ohne Zweifel ist Geld geraubt worden, denn die Ermordete, die als Zigarettenarbeiterin angefangen hatte und sich jetzt Fabrikantin nannte, pflegte infolge ihres sehr lebhaften Schleichhandels stets einen größeren Betrag in der Wohnung zu haben.

ml. **Zeitgemäßer Name.** Ich stelle zwei kleine Mädchen einander vor. „Dies ist Annemarie und dies ist Marga.“ — „Wie?“ macht Annemarie, die den Namen Marga wahrscheinlich noch nie gehört hat. „Marga“, sage ich „aber es ist nur eine Abkürzung, denn eigentlich heißt sie“, und um ihren Scharfsinn zu prüfen, frage ich: „Nun, wie wird sie also heißen? Marga . . .?“ „Margarine!“ ertönt es triumphierend von den Lippen der kleinen Weisheit.

f. **Razzia auf Kriegswucherer in Christiania.** Das Preisprüfungsamt in Christiania hat zu Weihnachten eine umfassende Razzia unternommen, die den Erfolg hatte, daß einige zwanzig Schlächter und etwa fünfzig Gemüsehändler usw. wegen Preiswuchers angezeigt und zu hohen Strafen verurteilt worden sind. Eine Folge der Anzeigen war, daß die Preise schnell gesunken sind. — Ein Kopenhagener Großkaufmann ist wegen Kettenhandels mit Manufakturwaren zu einer Geldstrafe von 500 000 Kronen verurteilt worden, der höchsten Strafe, die für ein solches Vergehen bisher in Dänemark verhängt worden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190329017/fragment/page=0003
DFG

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Außerordentliche Steigerung der Roheisenpreise.

Die auf Freitag anberaumte Mitgliederversammlung des Stahlwerksverbandes hat beschlossen, von einer Erhöhung der Verkaufspreise vorläufig abzusehen und zu den bisherigen Preisen weiter zu verkaufen. Diese Preise stellen sich nach der Mitte vorigen Monats vorgenommenen Erhöhung, die durchschnittlich 100 M. pro Tonne betragen hatte, auf 385 M. für Blöcke, 400 M. für Knüppel und 420 M. für Träger. Dagegen hat das Roheisensyndikat, das damals noch nicht gefolgt war, nunmehr seine Notierungen ganz beträchtlich erhöht. Denn die Grundpreise für Hämatit wurden um 107 M. pro Tonne, die für Siegerländer Stahleisen um 124 M., für Luxemburger Gießereiroheisen um 141,50 M., für Spiegeleisen um 145 M. und für die deutschen Gießereiroheisensorten I und III sogar um 147 Mark heraufgesetzt. Dabei behält sich das Syndikat ausdrücklich noch weitere Preiserhöhungen für den Fall vor, daß neue Preissteigerungen für Koks und Erze eine abermalige Verteuerung der Selbstkosten bringen sollten. Dagegen soll das Risiko einer weiteren Steigerung der Fabrikationsunkosten zu Lasten der Hochofenwerke gehen. Umgekehrt soll aber auch eine entsprechende Ermäßigung der Roheisenpreise eintreten, falls die Preise für Koks und Eisenstein während des zweiten Vierteljahres herabgesetzt werden oder infolge einer Senkung des Lohnniveaus eine Verbilligung der Fabrikationskosten eintrete. Die starke Preiserhöhung wird in erster Linie durch die Erhöhung der Koks- und Erzpreise sowie die am 1. April eintretende sechzigprozentige Frachterhöhung bedingt, außerdem durch die Lohnsteigerung und die durch die heutigen Verhältnisse bedingte Veränderung des Erzmöllers. Diese Aenderung zwingt die Hochofenwerke in erheblichem Umfange zur Verarbeitung teurer und weniger geeigneter Erzsorten, die überdies einen ganz bedeutend höheren Koks- und Kalksteinverbrauch erfordern. Zu den Verhandlungen über die Festsetzung der Roheisenpreise waren Vertreter der Verbraucher, der Reichsbehörden und der Arbeitnehmer zugezogen, die sämtlich die Berechtigung der von den Hochofenwerken für die Preiserhöhung vorgebrachten Gründe anerkannten.

Wie sich die neuen vom 1. April ab in Kraft tretenden Preise den bisherigen gegenüber ausnehmen, soll die nachstehende Tabelle veranschaulichen, in deren dritten Spalte zum Vergleich auch die Notierungen eingesetzt sind, die kurz vor Kriegsausbruch Geltung hatten.

	März 1919	April 1919	Juli 1914
	M.	M.	M.
Spiegeleisen	256	404	79
Siegerl. Stahleisen . .	240	364	69,50
Luxemb. Gießerei III .	215	356,50	57,50
Deutsche Gießerei I .	240	387	74,50
Deutsche Gießerei III .	249	396	69,50
Deutsche Hämatit .	314,50	421,50	78

Die Preise haben also mittlerweile einen ganz außerordentlich hohen Stand erreicht, ein Niveau, das bereits fünf- bis sechsmal so hoch liegt wie die letzten Friedensnotierungen.

Vom rheinisch-westfälischen Kuxenmarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund.)

Die abgelaufene Berichtswoche brachte auf allen Märkten eine zum Teil erhebliche Abschwächung. Neue sachliche Gründe für diesen Rückgang lagen nicht vor. Es bleibt deshalb nur die Annahme übrig, daß der politische Umsturz in Ungarn die Verkaufsneigung verstärkt hat.

Am Kohlenkuxenmarkte fiel das Angebot in schweren Werten auf. Konstantin der Große, Ewald, Lothringen, König Ludwig, Graf Schwerin, Helene Amalie, Langenbrahm u. a. setzten ihre in der Vorwoche begonnene Abschwächung in verstärktem Maße fort. In den letzten Tagen zeigte sich auf der ermäßigten Grundlage wieder vereinzelte Kauflust. Sehr schwach lagen Trier und Hermann 1—3, die etwa 1200 Mk. bezw. 800 Mk. gegen ihre vorwöchentliche Notierung verloren und weiter angeboten bleiben. Es verlautet, ohne daß hierüber etwas Bestimmtes zu ermitteln war, daß beide Gewerkschaften mit Zubußeforderungen an ihre Gewerken heranzutreten genötigt seien. Fest lagen dagegen die linksrheinischen Zechen Diergardt, Moers und Wilhelmine Mevissen, in denen zunächst beträchtliche Umsätze zu erhöhten Preisen stattfanden; doch erlitten auch diese Kuxe im weiteren Verlauf entsprechend der Allgemeinstimmung wieder Einbußen. Zu schwankenden, schließlich aber auch nachgebenden Kursen wurden Admiral, Blankenburg, Alte Haase, Gottessegen und Trappe gehandelt.

Am Kalimarkte war die Stimmung zunächst günstig. Die Hoffnung, daß die Kaliwerke nunmehr stärker mit Kohlen beliefert werden sollen und die Erwartung einer durchgreifenden Erhöhung der Kalipreise regte zunächst die Kauflust an. Später wurde die Stimmung aus den eingangs erwähnten Gründen schwach, und das von einzelnen Stellen an den Markt gelangende Angebot brachte erheblichere Kursverluste. Erst bei Niederschrift dieses Berichtes stellen sich auf der ermäßigten Grundlage Käufer ein, so daß die niedrigsten Preise eine Erholung zeigen. Im Verkehr waren die sämtlichen Werte schwerer Unternehmungen. — Alexandershall, Glückauf-Sondershausen, Burbach, Neustaßfurt, Wilhelmshall, Wintershall usw. — Etwas besser behauptet blieben Alle und Karlsfund. In den leichteren Werten betragen die Rückgänge etwa 100 Mk. bis 200 Mk. Die Werte der elsässischen Unternehmungen waren vorübergehend sehr lebhaft und steigend. Im weiteren Verlauf unterlagen aber auch sie der Abschwächung. Von Kaliaktien wurden Hallische Kali Ronnenberg, Salzdetfurth, Justus und schließlich die Stammaktien der Adler Kaliwerke lebhafter gehandelt.

Die deutsche Leinenindustrie vor einer Katastrophe.

Unter dieser Ueberschrift verbreitet der Verband deutscher Flachsfaser-Röst- und Aufbereitungsanstalten e. V. in Sorau eine Denkschrift, die sich des nähern mit der außerordentlich übeln Lage unserer Leinenindustrie befaßt. Der Verband zeigt, daß infolge mangelhafter Wagengestellung die Belieferung der Landwirte mit Saatgut behindert wird, und daß durch die auf demselben Grunde beruhende verzögerte Ablieferung von Flachsstroh die Landwirte auch weniger Neigung zeigen, Flachs anzubauen. Die Rösten sind so, zumal auch die Kohlenbelieferungen stocken, gezwungen, ihren Betrieb einzuschränken, ja teilweise einzustellen. Infolge dieser Mißstände steht der Flachsanbau für das Jahr 1919, der zunächst auf 100 000 Hektar in Aussicht genommen war, vielleicht ganz in Frage. Gleichzeitig wird durch die oben genannten Ursachen die gesamte Leinenindustrie einer Katastrophe entgegengeführt, da nach den ausführlichen Berechnungen nur mit einer Beschäftigung der Leinenwebereien von 6, höchstens acht Prozent gerechnet werden kann, wenn nicht schleunigst ein Eingreifen der Regierung erfolgt.

Der Verband fordert daher: 1. Sofortige genügende Wagengestellung zum Transport von Saatgut, Dünger, Kohlen und Flachsstroh, 2. sofortige ausreichende Kohlenbelieferung der Röstanstalten und 3. Genehmigung der Tag- und Nachtschichten. Das ist in knappster Form der Inhalt der erwähnten Denkschrift. Was die Forderungen des Verbandes anbelangt, so wäre ihre Erfüllung gewiß notwendig und wünschenswert. Gleichwohl ist kaum ein Zweifel möglich, daß sie in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden kann. Die Wagengestellung liegt im argen und damit auch die Kohlenbelieferung, ganz abgesehen davon, daß die Kohlenförderung infolge des Verhaltens der Bergarbeiterschaft nicht gesteigert werden kann. Wie es endlich mit der Genehmigung von Tag- und Nachtschichten steht, kann sich der Verband in einer Zeit, in der die Forderung des Sechsstundentages aufgestellt wird, wohl selbst sagen.

Das Ausfuhrverbot für Wertpapiere.

Berlin, 28. März. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zufolge erstreckt sich das bis zum 31. Mai verlängerte Verbot der Ausfuhr ausländischer Wertpapiere aus Deutschland auch auf Zinsscheine und Gewinnanteilscheine, die noch nicht fällig sind.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 28. März. Unter dem Eindruck der Forderung der Entente wegen der Landung polnischer Truppen in Danzig und unserer darauf erfolgten Ablehnung verschärfte sich die Zurückhaltung bei unregelmäßiger Kursgestaltung. Nach wie vor erhält sich aber Kauflust für die der Beschlagnahme nicht unterliegenden ausländischen Aktienwerte, so für Orientbahn- und Türkische Tabakaktien bei kräftig gesteigerten Kursen und für Schantungbahn- und Prinz Heinrich-Bahnaktien bei mäßigen Kursbesserungen. Am Montanmarkte überwogen von vornherein Abschwächungen, die sich im Laufe steigerten und bei Bismarckhütte sogar 6 Prozent betrugen. Bei den übrigen Werten hielten sie sich unter 2 Prozent, und vereinzelt sind auch leichte Besserungen festzustellen. Schiffahrtsaktien behaupteten bei unerheblichen Schwankungen ungefähr ihren Kursstand. Auf den übrigen Marktgebieten ging es recht still her, bei zumeist mäßig abgeschwächten Kursen. Fest lagen nach wie vor Kolonialwerte. In ausländische Renten hat der Handel infolge der Beschlagnahme nunmehr aufgehört. Oesterreichisch-ungarische Renten lagen, wie auch die heimischen Anleihen, etwas fester. Kriegsanleihe abbröckelnd, 83,80.

Devisenkurse.

Berlin, 28. März.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Vorigen Tag Geld	Vorigen Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	435,00	435,50	430,00	430,50
Dänemark	100 Kr	265,00	265,50	265,00	265,50
Schweden	100 Kr	287,75	288,2	285,00	286,25
Norwegen	100 Kr.	279,75	280,25	274,75	275,25
Schweiz	100 Fr.	213,75	214,00	211,75	212,00
Wien / Budapest	100 K.	49,0	49,30	49,45	49,50
Bulgarien	100 Leva	—,—	— —	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 59,00 Brief 160,00 für 100 Pesetas.
Helsingfors 99,75 100,25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 28. März. Das Geschäft mit Landesprodukten ging seinen gewohnten Gang. Als bemerkenswert ist zu erwähnen, daß ab morgen Kohlrüben wieder dem freien Verkehr übergeben sind. Von Schlesien werden größere Partien Runkelrüben angeboten, die jedoch nicht per Bahn, sondern auf dem Wasserwege hierher gelangen sollen. Da man glaubt, daß die Beschaffenheit der Ware durch den langen Transport leidet, erweckt diese Offerte hier nur wenig Interesse. Von Sämereien bleibt Serradella infolge starken Angebots aus Posen matt. Kleesämereien, Hülsenfrüchte zur Saat, sowie Saatgetreide sind kaum zu erlangen. Das Wetter ist wärmer.

Einlösung österreichischer Kupons. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Bekanntmachung des deutsch-österreichischen Finanzstaatsamts betreffend die Einlösung der April-Fälligkeiten der allgemeinen und österreichischen Staatsschuld, wonach trotz des bisherigen Nichtzustandekommens einer Einigung zwischen den auf dem Gebiete des ehemaligen Oesterreichs entstandenen Nationalstaates aus den noch hinreichend vorhandenen gemeinsam von Deutsch Oesterreich verwalteten Mitteln auch die am 1. April fälligen Zinsen und Kapitalsbeträge der allgemeinen wie der österreichischen Staatsschuld noch voll zur Auszahlung gelangen. Die Bekanntmachung enthält außerdem die Bestimmung, in welchem Umfange diese Verbindlichkeiten in deutsch-österreichisch gestempelten beziehungsweise in ungestempelten Banknoten zu erfüllen sind.

\+ **Neue Nordhäuser Stadtanleihe.** Wie uns ein Privattelegramm meldet, beschlossen die Stadtverordneten in Nordhausen eine Anleihe von 9½ Millionen Mark zu 4 oder 4½ Prozent aufzunehmen.

Eine neue Aktiengesellschaft. Im Bankhause Gebr. Arnhold in Dresden wurde die Bank für keramische Industrie Akt.-Ges. in Dresden mit 3 Millionen Mark Aktienkapital gegründet. Zum Vorstand ist Gerichtsassessor Dr. Klau ernannt worden. Zweck des Unternehmens sind Geschäfte aller Art, die sich auf das Gebiet der gesamten keramischen Industrie beziehen. Eine Zweigniederlassung in Berlin ist für später geplant.

Die Konkurrenz zwischen der englischen und amerikanischen Baumwollindustrie. Wie der „Seedienst" über Rotterdam meldet, fordern in den Manchester-Baumwollspinnereien, wo seit einigen Wochen mit Hochdruck gearbeitet wird, um die zahlreichen großen Auslandsaufträge auszuführen, die Arbeiter die 44-Stunden-Woche und 20 Prozent Lohnzulage. Seitens Amerikas wird diese Bewegung mit größtem Interesse verfolgt, weil die amerikanischen Exporteure bei einem Streik in Manchester Millionen verdienen würden, indem sie amerikanische Ware nach Europa liefern. Eine höchst auffallende Begleiterscheinung wird darin erblickt, daß den Arbeiterverbänden im Falle eines Streikes enorme Unterstützungssummen von unbekannten Gebern zugesichert sind, die man erst in Rußland suchte, während sie, wie man jetzt festgestellt zu haben glaubt, in Amerika zu finden sind.

Bergbau-Akt.-Ges. Justus in Volpriehausen. Die Gesellschaft wird für das Jahr 1918 eine Dividende nicht zur Verteilung bringen.

Gebrüder Schönenberg A.-G. in Roßlau. Der Fabrikationsgewinn in 1917/18 stellt sich auf 1 128 198 (990 555) Mk. Nach Abzug der Handlungs- und Betriebsunkosten mit 1 157 819 (823 765) Mk. und der Abschreibungen mit 197 642 (81 813) Mk. ergibt sich ein Verlust von 227 264 Mk., der sich durch den Gewinnvortrag des Vorjahres auf 206 742 Mk. vermindert. (Im Vorjahre betrug der Reingewinn einschl. Vortrag 104 920 Mk., aus dem 4 Prozent Dividende ausgeschüttet wurden.) Der Verlust wird auf neue Rechnung vorgetragen. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Ausführungen: „Wir haben jetzt Friedensaufträge auszuführen, die wir zu Anfang des Krieges hereingenommen hatten, deren Durchführung und Fertigstellung im Kriege aber durch Sperrung der Materialien infolge von Kriegsmaßnahmen uns unmöglich gemacht wurde, und deren jetzige Ausführung durch Steigerung aller Materialien, Löhne und Unkosten uns schwere Verluste bringt. Diese haben wir, soweit sie die im verflossenen Geschäftsjahre bereits geleisteten Arbeiten betreffen, berücksichtigt. Durch die Ereignisse, die dem Waffenstillstande folgten und durch die andauernde Ungewißheit aller Zustände sind uns weitere große Verluste sicher, wenn es uns nicht gelingt, die verlustbringenden Verträge aufzuheben, oder mit unseren Bestellern uns auf neuen Grundlagen zu verständigen. — Verhandlungen in dieser Richtung schweben."

Eilfrachten der Vereinigten Elbschiffahrt-Gesellschaften wurden infolge der erheblichen Verteuerung der Betriebskosten um 20 bis 30 Prozent ab 1. April erhöht.

Düsseldorfer Maschinenbau A.-G. vorm. J. Losenhausen. Der Aufsichtsrat bringt für 1918 eine Dividende von 8 (16) Prozent in Vorschlag.

Portland-Zementwerke Heidelberg A.-G. in Mannheim. Der auf den 24. April einzuberufenden Generalversammlung wird die Verteilung von 10 Prozent Dividende vorgeschlagen.

Kammgarnspinnerei Schedewitz A.-G. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 20 Prozent fest und erhöhte auf Antrag eines Aktionärs die mit 100 Mk. vorgeschlagene Sondervergütung auf 150 Mark zu Lasten des Gewinnvortrags.

Rheinische Hypothekenbank, Mannheim. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung wieder 9 Prozent Dividende vor (w. i. V.).

Eisenhütte Silesia Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1918 die Ausschüttung einer Dividende von 14 Prozent (i. V. 21 Prozent) vorzuschlagen.

Sächsische Glasfabrik in Radeberg. Der Aufsichtsrat schlägt für 1918 35 (30) Prozent Dividende vor.

Aktien Gesellschaft für Glasindustrie vormals Friedr. Siemens in Dresden. Der Aufsichtsrat schlägt wieder 17 Prozent Dividende vor.

Düngerhandels-Aktiengesellschaft in Dresden. Der Aufsichtsrat schlägt wieder 8½ Prozent Dividende vor.

Größere Holzmengen aus Heeresbeständen sind jetzt durch das Reichsverwertungsamt Berlin den drei großen Holzverbänden (Zentralverband von Vereinen deutscher Holzinteressenten, Berlin, Verein sächsischer Holzindustrieller, Dresden; Verein Ostdeutscher Holzhändler und Holzindustrieller, Berlin) verkauft worden. 30 Prozent dieser Mengen kann das Reichsverwertungsamt nach eigenem Gutdünken für gemeinnützige Zwecke verkaufen. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen Scheidt hat soeben die Regierungspräsidenten in einem Rundschreiben ersucht, die Gemeindebehörden und gemeinnützigen Bauvereinigungen davon in Kenntnis zu setzen, daß sie ihren Bedarf an Hölzern umgehend beim Reichsverwertungsamt Berlin, Friedrichstraße 100, anmelden müßten.

Neue Dampfer-Compagnie in Stettin. Die Verwaltung schlägt für das Geschäftsjahr 1918 eine Dividende von 8 Prozent (i. V. 10 Prozent) vor.

Ottensener Eisenwerk A.-G. Die Verwaltung erklärt 10 Proz. Dividende, gegen 12½ Prozent im Vorjahre.

Leipziger Buchbinderei-Akt.-Ges. vorm. Gust. Fritzsche in Leipzig. Der nächsten Generalversammlung wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 750 000 M. auf 2 Mill. Mark vorgeschlagen werden. Die neuen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis von 3 zu 5 angeboten werden, und zwar zum Parikurse; die Aktien sind sofort zu bezahlen, und ab 1. Februar 1919 dividendenberechtigt. Die Aussichten werden als gut bezeichnet.

Berliner Börse

vom 28. März 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	—
Halle-Hettstedter	77,50
Schantungbahn	180,75
Allg. Lokal-Str.	139,00
Gr. Berl. Str.	135,00
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	178,25
Orientbahn	218,50
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	91,00
Hambg. Südamerika	156,50
Hansa-Dampfschiff.	221,50
Nordd. Lloyd	93,13
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	—
Berl. Handelsges.	160,50
Commerz-Diskontobank	126,50
Darmstädter Bank	121,87
Dessauische Landesbank	117,00
Deutsche Bank	223,00
Diskonto-Comm.	177,75
Dresdner Bank	151,00
Leipzig Credit-Anst.	151,00
Mitteld. Kreditbank	125,00
Mitteld. Privatbank	120,25
Nationalbank	—
Oesterr. Kredit	—
Reichsbank	131,25
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	250,25
Akt. f. Anilin	219,00
Allgem. Elektr. Ges.	162,87
Ammendorfer Papierfbk.	—
Anhalter Kohlenw.	155,00
Annaberger Steingut	176,25
Badische Anilin	273,00
Bergmann Elekt. Akt	139,50
Berl. Masch.-Bau	208,50
Bismarckhütte	184,00
Bochumer Gußstahl	183,00
Chem.-Fabr. Buckau	114,00
Chem. Griesheim	195,50
Chem. Heyden	220,00
Consolidation Schalk	—
Gröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	220,00
Deutsche Luxemburg	119,75
Deutsche Uebersee Elektr.	175,00
Deutsche Erdöl	254,50
Deutsche Gasglühl.	220,25
Deutsche Kali	165,00
Deutsche Waffen u. Mun.	194,75
Donnersmarkhütte	195,00

Döring & Lehrmann	96,00
Dürkoppwerke	281,50
Elberfelder Faber.	262,00
Felten & Guilleaume	158,00
Gasmotoren Deutz	119,50
Gebhard & Co	244,00
Gelsenkirchen Berg	165,63
Glauziger-Zuckerfbk.	231,50
Hallesche Maschfbk.	299,50
Hann. Masch.	312,00
Harpener Berg	148,75
Hasper Eisen	141,00
Hirsch Kupfer	170,00
Höchster Farbw.	255,75
Hoesch Eisen u. Stahl	214,50
Hohenlohe-Werke	104,68
Humboldt Masch.	127,00
Ilse Bergbau	320,00
Kahla Porzellan	305,00
Kaliw. Aschersleben	159,50
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	110,00
Lauchhammer	157,50
Laurahütte	147,50
Linke & Hofmann	284,75
Ludwig Loewe & Co.	240,00
Lothringer Hütte	147,25
Mannesmannröhren	174,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	126,50
do. Caro Heg.	132,75
do. Kokswerke	210,00
Orenstein & Koppel	173,50
Phönix Berg	184,63
Rhein. Metall-Vorz.	189,00
Rhein Stahlwaren	130,50
Riebeck. Montan	167,00
Rombacher Hütten	153,50
Rositzer Braunk.	—
Rositzer Zucker	134,87
Sangerhäuser Masch.	243,00
HugoSchneider & Co.	225,87
Schuckert & Co.	122,63
Siemens & Halske	143,50
Stettiner Vulkan	155,25
Stollberger Zinkh	120,75
Strals. Spielkarten	230,00
Thale-Eisenhütte	238,00
Triptis Porzellan	184,00
Türk. Tabakregie	386,00
Ver. Köln-Rottweiler	202,75
Ver. Glanzstoff	434,00
Wegelin & Hübner	164,13
Werschen-Weißenfelser Braunk.	168,00
Westeregeln Alkali	215,00
Wittener Gußstahl	183,25
Wrede Mälzerei	116,50
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	255,50
Zellstoff Waldhof	204,00
Otavi-Minen.	130,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg)
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms, für den örtlichen Teil für Provinzialnachrichten Gericht, Handel: Eugen Brinkmann, für Sport und Briefkasten Heinrich Mieschner Feuilleton Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190329017/fragment/page=0004